



## ES IST HALBZEIT

Die Verteidigungspolitik zieht Zwischenbilanz

## RICHTUNGSENTSCHEIDUNG

Die Zukunft der Luft- und Raketenabwehrsysteme

## WAFFEN FÜR DIE UKRAINE?

Was spricht dafür, was dagegen?



# STRATEGIE UND WEISSBUCH

WARUM DEUTSCHLANDS POLITISCHE FÜHRUNG INTERNATIONAL GEFORDERT WIRD

## Wenn nicht jetzt, wann dann?

Ein Plädoyer für verstärkte europäische Verteidigungs-kooperation



Warum wir TTIP brauchen



Florian Hahn, Vorsitzender ASP

LIEBE LESERINNEN UND LESER,  
LIEBE FREUNDE DES ASP,

der Anfang ist gemacht. Sie halten die erste Ausgabe des „Bulletin Außen- und Sicherheitspolitik“ in Ihren Händen, das neue ASP Magazin. Wir wollen mit dem Bulletin an die Tradition der von Dr. Gerd Hardewig herausgegebenen „Politik & Sicherheit“ anknüpfen. Gleichzeitig wollen wir die Meinungsbildung in der so genannten außenpolitischen Szene deutschlandweit beleben. Als Think Tank der CSU wollen wir mit Diskussionsbeiträgen politische Weichenstellungen vorbereiten, laufende Prozesse um den christsozialen Blickwinkel bereichern, aktuelle Entscheidungen kommentieren und gesellschaftliche Debatten zuspitzen. Thematisch werden wir uns dabei auf die vier Politikfelder des ASP – Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Europapolitik – konzentrieren.

Selbstverständlich richtet sich das neue Bulletin auch an die Mitglieder in der CSU und im Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis. Gerade vor dem Hintergrund einer „aus den Fugen geratenen Welt“ wie es der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer formulierte, bedarf es einer breiteren Auseinandersetzung mit außen- und sicherheitspolitischen Themen. Dies darf und soll auch mal kontrovers sein. Nur wenn die unterschiedlichen Sichtweisen und Meinungen erkennbar sind, kann die eigene Position geschärft werden.

Der Start des „Bulletin Außen- und Sicherheitspolitik“ fällt 2015 mit dem 50. Geburtstag des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises (ASP), vormals Wehrpolitischer Arbeitskreis (WPA), der CSU und weiteren gedenkwürdigen Ereignissen zusammen: 200 Jahre Sieg über Napoleon bei Waterloo, 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß, 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges, 60 Jahre Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO, 50 Jahren diplomatische Beziehungen zum Staat Israel, 30 Jahre Schengen-Abkommen, 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung, 20 Jahre Völkermord von Srebrenica.

Im Wissen um die geschichtlichen Zusammenhänge haben wir die Aufgabe, neue Antworten auf die Krisen und Konflikte unserer Zeit zu finden: die stark gewachsenen Flüchtlingsbewegungen, die europäische Währungs- und die Bedrohungen im Nahen Osten durch radikal-islamische Kräfte, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ost-Ukraine durch Russland oder die Ebola-Krise und die geopolitischen Folgen des Klimawandels.

Wie gesagt, der Anfang für das neue „Bulletin Außen- und Sicherheitspolitik“ ist gemacht. Ich freue mich auf Ihre Anregungen, Kommentare und auch Kritik und wünsche Ihnen ganz viel Freude beim Lesen der ersten Ausgabe.

Mit besten Grüßen

Ihr Florian Hahn MdB

Landesvorsitzender des ASP



Wolfgang Ischinger

## WENN NICHT JETZT, WANN DANN? EIN PLÄDOYER FÜR VERSTÄRKTE EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSKOOPERATION

Etwas nahezu Unvorstellbares ist Realität geworden: Ein Krieg in Europa, in dem die Zahl der Opfer ständig steigt und für den eine Verhandlungslösung nach wie vor in weiter Ferne ist. Die Risiken einer weiteren Eskalation und von Fehleinschätzungen stellen die größte Gefahr für die europäische Sicherheit der vergangenen mehr als 20 Jahre dar.

Die neue sicherheitspolitische Lage in Europa erhöht den Handlungsdruck: Die Notwendigkeit für eine stärkere Verteidigungskooperation in Europa ist massiv gestiegen. Unsere kollektiven jahrzehntelangen Bemühungen um eine krisenfeste euro-atlantische Sicherheitsordnung, die vor über 40 Jahren in Helsinki begannen, sind – zumindest vorerst – gescheitert. Alle Anstrengungen Russland besser einzubinden, neue Trennlinien in Europa zu verhindern sowie ein Netz von Institutionen, Regeln und Vereinbarungen zu schaffen, haben nicht verhindert, dass es wieder Krieg in Europa gibt. Die Ukraine-Krise ist ein Alarmsignal für europäische Verteidigungsbemühungen, wie es lauter nicht sein könnte. Gleichzeitig wollen die USA die Rolle der europäischen Schutzmacht nicht mehr so komplett ausfüllen wie zuvor. Man kann es den Amerikanern auch kaum verübeln, dass sie von Europa nun etwas mehr Eigenverantwortung verlangen. Schließlich werden auch die Finanzzwänge immer größer.

Auf der anderen Seite sind die Voraussetzungen für eine engere sicherheits- und verteidigungspolitische Verzahnung in der EU heute besser denn je: Aus der Sorge vor einem Entweder-Oder – entweder europäische Einigung oder enges transatlantisches Bündnis – ist heute ein klares Sowohl-als-auch geworden! Die Amerikaner betonen es ständig selbst und völlig zu Recht: Ein starkes, sicherheitspolitisch fähiges



Europa ist im ureigenen amerikanischen Interesse. Einen Gegensatz NATO - EU, der bisweilen auch heute noch konstruiert wird, gibt es nicht mehr. Das ist ein enormer Gewinn. Zudem haben unsere Streitkräfte gelernt, in Auslandseinsätzen sehr eng zusammenzuarbeiten. Warum sollten wir nun im Grundbetrieb wieder die Kleinstaaterei zur Norm machen? Wir würden damit auch unseren Soldaten einen Bärendienst erweisen, die im Einsatz erfahren haben, wie wichtig Interoperabilität ist.

Ergänzt man diesen Blick um die tatsächlichen Zahlen zum Zustand europäischer Verteidigung, ergibt sich eine große Diskrepanz. Ich will nur einige Beispiele nennen:

- Zwischen 2010 und 2014 sind die Verteidigungsausgaben in Europa um 8 % gesunken.
- Der europäische Pfeiler im transatlantischen Bündnis wird immer kleiner: 2007 machten die Militärausgaben der europäischen Alliierten noch 30 % der Ausgaben der NATO-Staaten aus, 2013 waren es gerade noch 25 %.
- Eine Auswertung ausgewählter zentraler Waffensysteme hat ergeben, dass in Europas Streitkräften im Vergleich zum US-Militär etwa sechsmal so viele verschiedene Systeme zum Einsatz kommen.
- Die EU-Staaten leisten sich zwar zusammen genommen rund 1,5 Millionen Soldaten, was im Wesentlichen der Zahl an US-Soldaten entspricht - aber die gemeinsame Schlagkraft macht leider nur einen Bruchteil aus.



Im Grunde ist es skandalös, wie wenig Schlagkraft wir in Europa im Verhältnis zu den Mitteln erzielen, die wir einsetzen. Diese Fragmentierung ist unverantwortlich, und zwar sowohl hinsichtlich der Finanzen als auch hinsichtlich der Fähigkeiten und der Interoperabilität unserer Systeme. Den europäischen Regierungen ist die Tatsache dieses ineffektiven und ineffizienten Einsatzes der Verteidigungsausgaben natürlich bewusst. Und ihnen ist auch klar, dass Kooperation und Integration der einzige Weg sind, um dieses Dilemma zu überwinden. Und genau darum geht es bei der Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung von militärischen Fähigkeiten, dem „Pooling & Sharing“. In einer von McKinsey für die Münchner Sicherheitskonferenz durchgeführten Studie wurde errechnet, dass die europäischen Staaten mehr als 30 Prozent im Jahr - das sind 13 Milliarden Euro - sparen könn-

ten, wenn sie bei der Beschaffung von Rüstungsgütern enger zusammenarbeiteten. Und hier ist der unbezahlbare Nutzen, der durch die resultierende Kompatibilität der Systeme im Einsatz geschaffen würde, noch gar nicht mit eingerechnet.



Wenn wir über militärische Integration in Europa sprechen, darf man natürlich die Hindernisse nicht unterschlagen: Was ist mit dem Parlamentsvorbehalt? Was mit den Briten? Wer ist im Zweifel wirklich bereit, die Konsequenzen hinzunehmen, die mit dem Verlust an Souveränität in so einem sensiblen Bereich einhergehen? Auf welche Fähigkeiten verzichtet man selbst? Jeanine Hennis-Plasschaert, die niederländische Verteidigungsministerin, gab bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2013 die richtige Antwort auf solche Einwände: „Should we really fear the loss of sovereignty? Or should we rather define the concept of sovereignty in a less traditional way?“ Mit anderen Worten: Was ist der Wert traditionell verstandener Souveränität, wenn ein einzelner europäischer Staat alleine gar nicht mehr handlungsfähig ist? Wäre das nicht bedeutungslose Souveränität?

Wann, wenn nicht jetzt, unter den Eindrücken der Ukraine-Krise, ist der richtige Zeitpunkt, um endlich größere Fortschritte bei der Verteidigungsintegration zu machen? Kaum eine EU-Entscheidung würde Moskau, aber auch die Welt insgesamt, mehr beeindrucken als ein entschlossenes Vorgehen der EU, die außenpolitisch tatsächlich mit einer Stimme spricht und tatsächlich eine sinnvoll integrierte Verteidigungsgemeinschaft entwickelt. Ohne einen klassischen ‚top-down approach‘ auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs der EU wird das nicht gehen. Verteidigungsfragen müssen daher in Zukunft an der Spitze der Agenda europäischer Gipfel stehen.

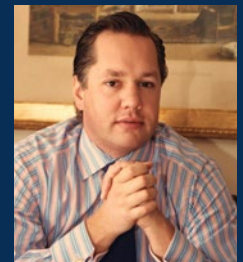
Am Ende des Weges muss nicht zwangsläufig eine europäische Armee stehen. Aber wir müssen uns die Frage nach den nächsten Wegmarken stellen. Wo wollen wir in drei, in fünf, in zehn Jahren stehen? Was wir jetzt brauchen, ist eine Reihe von klar definierten aufeinanderfolgenden Etappenzielen auf dem Weg zu mehr Integration. Sonst bleibt Vision Vision.

*Wolfgang Ischinger war Botschafter in Washington und London und Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Seit 2008 ist er Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.*



## STRATEGIE UND WEISSBUCH

ES IST UNÜBERSEHBAR:  
DEUTSCHLANDS POLITISCHE FÜHRUNG WIRD INTERNATIONAL GEFORDERT  
UND SEINE STARKE WIRTSCHAFTSKRAFT ERMÖGLICHT ES, DIES KONSEQUENT  
ZU ÜBERNEHMEN.



Dr. Maximilian Terhalle

Führung heißt, nationale deutsche Interessen als europäische zu formulieren und die Konsensfindung innerhalb der EU entsprechend zu formen. Dies gilt besonders in Krisen. Führung heißt deshalb, nicht aus der Mitte Europas sondern von vorne zu führen. Erst wenn eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten erkennbar und dauerhaft opponiert, sollte der Ansatz überdacht werden. Und, Führung heißt, dem Wohl des durch Deutschland wesentlich definierten, europäischen Gemeininteresses innenpolitischen Widerstand unterzuordnen. Dieser Führungsansatz muss die rote Linie sein, die das Weißbuch kennzeichnet.

Dies umso mehr, als es, wie seine Vorgänger, absehbar im Mahlstrom interministerieller Beratungen weichgespült zu werden droht. Ebenso erinnern wir uns, dass die Begeisterung groß war nach der Münchner Rede des Bundespräsidenten 2014 und seiner Aufforderung an die Deutschen, mehr Führungswillen zeigen zu wollen. Bereits kurz danach breitete sich vielerorts jedoch wieder Krämerstimmung, demoskopische Hypersensibilität und damit sicherheitspolitisches Klein-Klein aus. Denn, für einige ist 1989 das Ende der (deutschen) Geschichte; ja, es schien manchen, die Geschichte sei letztlich doch gnädig zu Deutschland gewesen, die Teilung damit nicht Strafe des Himmels und deshalb sei es nur richtig, dankbar in der unbeschwerlichen Lage des Freeriders zu verharren. Dass sich die Mehrheit der Deutschen dort weiterhin ungemein wohl fühlt, liegt neben unserer Geschichte freilich auch an den jahrzehntelangen Fingerzeigen unserer engsten Verbündeten, Abstinenz von strategischen Fragen zu halten. Und, ganz simpel: Es ist bequem, nur den eigenen Wohlstand zu vermehren und sich um dessen geopolitische Voraussetzungen keine Gedanken

machen zu wollen. Es hat funktioniert, die Gewöhnung daran sitzt tief. Noch heute.

Aber das kann, ja darf sich Deutschland nicht mehr leisten – hier muss die CSU Führung und damit vorausschauende Verantwortung zeigen, gegenüber dem eigenen Land und Europa. Die Weltpolitik ist vielmehr entgegen den Annahmen des wiedervereinten Michels unbeirrbar vorangeschritten. Was heute als Globalisierung prozesshaft firmiert und humanitär-sozioökonomische Konvergenz als kleinsten gemeinsamen Nenner beabsichtigt, ist eine durch vielfache Fragmentierung gekennzeichnete Entwicklung. Großmachtrevisionismus, ethnischer Nationalismus und Widerstand gegen solche Konvergenz sind dabei nur drei ganz reale Hindernisse auf diesem Weg. Deutschland geht diesen von Amerika seit der Gründung 1776 forcierten Weg, dessen Richtigkeit Berlin zumindest grundsätzlich teilt, mit, weil es davon umfassende Sicherheit und umso größeren Wohlstand geerntet hat und dies weiterhin tut.

Das Weißbuch muss deshalb den strategischen Kern der zugrundeliegenden liberalen Weltordnung herausarbeiten, auf den die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aktiv, nicht reaktiv, ausgerichtet sein sollte. Dieser jetzt notwendige Wandel erfordert eine substantielle konzeptionelle Entscheidung: Der strategische Sicherheitsbegriff muss in Zukunft den umfassenden ersetzen. Terminologisch als ressortübergreifende Rückversicherung bei der Formulierung deutscher Sicherheitspolitik und empirisch im Anblick von failed states mag der umfassende Sicherheitsbegriff seine Berechtigung gehabt haben. Gerade wegen seiner möglichst komplexitätsorientierten, inklusiven Natur hat er aber auch zwei für die neue Sicherheitspolitik fundamentale Erkenntnisprozesse



unterdrückt. Erstens: Was in der Weißbuch-Debatte gegenwärtig unnötig kompliziert als hybride Kriegsführung firmiert, zielt schlicht auf die Anerkennung der ehernen Notwendigkeit, militärische Gewalt und ökonomische Macht gemeinsam als Mittel kluger Sicherheitspolitik effektiv einzusetzen. Dabei Krieg als Möglichkeit zu (durch)denken, das ist die politische Kernaufgabe, der sich das Weißbuch realistisch stellen muss. Entgegen den noch immer starken Bonner Reflexen muss das Weißbuch zeigen, dass militärische Gewalt und ökonomische Macht dazu dienen, den jeweiligen Gegner durch frühe Maßnahmen unterhalb der Schwelle der kriegerischen Auseinandersetzung zu halten: ihn in seinem aggressiven Kalkül zu verändern, ihn durch souveräne Zurschaustellung massiver eigener materieller Mittel, meistens nur im Verbund mit den USA, zur Verhaltensänderung zu bringen und, schließlich, ihn durch die jederzeit glaubwürdig umsetzbare Verfügungsgewalt über militärische Mittel auch tatsächlich an ungewolltem Vordringen zu hindern. Glaubwürdiges Drohen schließt dabei das Vorbereitetsein auf den militärischen Ernstfall ein. Zweitens: Anstatt, wie im umfassenden Sicherheitsbegriff angelegt, auf Einsätze in kleineren Staaten zu zielen, muss das Weißbuch eine politische Umkehr dahingehend vornehmen, wie revisionistischen Großmächten (Russland, China) begegnet werden kann. Denn hier liegen die Prioritäten der nächsten 20 Jahre. Als Faustformel mag gelten: Russland kann an seine ökonomische Belastungsgrenze geführt werden, China nicht. Das heißt, ohne exklusive Verengung der Handlungsoptionen auf die oben genannten Zwangsmaßnahmen, muss erkannt werden, dass Chinas historisch begründete Vorherrschaft über das süd- und ostchinesische Meer nicht zur Beeinflussung freier Handelswege führen darf. Diese werden seit Jahrzehnten von der US Navy sicher gehalten und lassen den Handel von knapp 60 Prozent westlichen Handels zu (und damit auch eines wachsenden Zehntels unseres Wohlstands). Deutsche Sicherheitspolitik wäre schlecht beraten, sich durch strategische Anbiederung an China langfristige Vorteile zu erhoffen. Im Gegenteil, während es Handel mit Peking treibt, sollte Deutschland seine international anerkannte U-Boot-Technologie zur Unterstützung solcher Staaten wie Japan, Südkorea oder Vietnam nutzen. Im Falle Russlands unter Putin kristallisiert sich heraus, dass nur die oben genannten Zwangsmittel im NATO-Verbund zur Verhaltensänderung führen werden. Bei Bedarf könnten die Wirtschaftssanktionen aufgrund eigener Stärke und im Verbund mit der G7 weiter verschärft werden. Führung, das haben die USA mehrfach angedeutet, soll Berlin neben der diplomatischen Verhandlungsführung auch militärisch übernehmen. Die Haushaltsmittel sind hierfür grundsätzlich vorhanden. Moskau durch die vorwärtsgelagerte Aufstellung von 80 Prozent aller ehemaligen deutschen Panzerkräfte in der östlichen NATO zu begegnen und dies durch eine schlagkräftige Cyber-Security-Initiative flankieren zu lassen, würde ein deutliches Signal senden. Hinsichtlich nuklearer Abschreckung bleibt Deutschland von den USA abhängig.

*Dr. Maximilian Terhalle vertritt die Professur „Internationale Politik“ an der Fernuniversität Hagen. Ab 01.09.2015 wird er an der Winchester University (UK) lehren.*

## RICHTUNGSENTSCHEIDUNG FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES TAKTISCHES LUFT- UND RAKETENABWEHRSYSTEM

Aktuell garantieren PATRIOT-Kräfte der Luftwaffe, dass unsere Heimat und unsere Soldaten im Einsatz vor einer Vielzahl von Bedrohungen aus der Luft geschützt werden können. Wir sind vorbereitet, bemannte und unbemannte Luftfahrzeuge, Hubschrauber, Marschflugkörper und ballistische Flugkörper mittlerer und kurzer Reichweite wirksam abzuwehren.

Ganz konkret stellt der seit fast schon drei Jahren andauernde Einsatz unserer PATRIOT-Kräfte zum Schutz der Bevölkerung des NATO-Partners Türkei die Bedeutung bodengebundener Luftverteidigung eindrucksvoll unter Beweis. Deutschland ist neben den USA, den Niederlanden, Griechenland und Spanien eine der wenigen NATO-Nationen, die über diese Fähigkeit verfügt. Unser Beitrag ist daher wichtig, unsere NATO-Partner zählen auf uns.

Unser heutiges Waffensystem PATRIOT wird in 10 Jahren veraltet sein. Als Nachfolge wurde ursprünglich gemeinsam mit den USA und Italien MEADS geplant. Deutschland hatte in den vergangenen etwa 10 Jahren mit ca. 1,2 Milliarden Euro zu dessen Entwicklung beigetragen. Neben der Fortführung des MEADS-Projekts, auch ohne die USA, wurde als Alternative eine Weiterentwicklung von PATRIOT geprüft. Nach sorgfältiger und umfassender Abwägung hat das Bundesministerium der Verteidigung im Juni 2015 entschieden, einen Weg zu verfolgen, der die Erfolge des Entwicklungsvorhabens MEADS nutzt und fortführt.

Die Luftwaffe begrüßt und unterstützt diese Richtungsentscheidung. Sie verspricht uns ein zukunftsfähiges taktisches Luft- und Raketenabwehrsystem (TLVS), das wir langfristig in vorteilhafter Kooperation mit unserer heimischen Industrie werden betreiben können.

Auf der Basis deutscher Technologiehoheit wird es zudem möglich sein, Partner und ihre Abwehrsysteme äußerst flexibel einzubinden. Dies entspricht nicht zuletzt der breit unterstützten deutschen Initiative in der NATO für ein Konzept führender Rahmennationen, an die sich andere Nationen mit ihren Fähigkeiten im Einsatz anlehnen können.

Die Luftwaffe hofft nunmehr auf einen zügigen Verlauf der Vertragsverhandlungen und Billigung im Deutschen Bundestag, um baldmöglichst in die eigenen Planungen für den personellen, materiellen und infrastrukturellen Übergang zu TLVS einsteigen zu können.

Die Weichen sind aber schon einmal gestellt.



Generalleutnant Karl Müller,  
Inspekteur der Luftwaffe

# WIR SCHAFFEN SICHERHEIT

## VON CSU-GENERALSEKRETÄR ANDREAS SCHEUER



Andreas Scheuer MdB

Wie kein anderer Politiker prägte Franz Josef Strauß, dessen 100. Geburtstag wir dieses Jahr feiern, das außen- und sicherheitspolitische Profil der CSU. Das „Streben nach Sicherheit“ verstand er als einen konkreten Handlungsauftrag als Mitglied im transatlantischen Bündnis einerseits und als Strategie für die europäische Einigung in Frieden und Freiheit andererseits.

Heute, in einer „aus den Fugen geratenen Welt“ ist dieses Streben nach Sicherheit aktueller denn je. Als CSU stellen wir uns mit unseren Mitgliedern und Mandatsträgern der Aufgabe, unser Land in Europa und der Welt sicherer zu machen:

Der Terror, die Kriege und Kämpfe, die 60 Millionen Flüchtlinge – die Welt ist schwieriger geworden! Der Zusammenhalt in Europa, die Stabilität im Wirtschafts- und Währungsraum erfordert grundsätzliche Debatten. Außen-, Europa-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sind absolute Kernkompetenzen der CSU.

Die vielen guten Beziehungen Bayerns in der Welt und die intensiven Kontakte unseres Parteivorsitzenden Horst Seehofer zeugen vom Alleinstellungsmerkmal unserer Heimat und unserer Partei.

Wir haben die Kompetenz und die Repräsentanten, um ganz im Sinne der Strauß'schen Idee Sicherheit für unsere Bürger und unser Land zu schaffen. Ich wünsche Florian Hahn an der Spitze des ASP alles Gute, um diese wichtige inhaltliche Säule unserer Partei stets weiterzuentwickeln.

Anzeige

IABG. Die Zukunft.



### Our mission – peace and security

**Als leistungsstarker Partner** der Streitkräfte ist die IABG seit ihrer Gründung in besonderer Weise der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verpflichtet. Unsere Erfahrung und unsere Unabhängigkeit von Herstellern oder Produkten machen uns zu einem einzigartigen Leistungsanbieter in sensiblen Aufgabenbereichen. Wir verknüpfen Einsatzerfahrung und operationelles Know-how mit ausgewiesenen wissenschaftlichen Fähigkeiten und unterstützen unsere Kunden in den Bereichen Land, Luft, See, Joint, Weltraum, Cyber und gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge.

**Wir sind ein anerkannter Dienstleister** auf nationaler und internationaler Ebene bei der Konzeption von Lösungen, der Begleitung von Entwicklungs- und Realisierungsvorhaben und der Bereitstellung von Serviceleistungen:

- Operationelle Konzeptentwicklung und Fähigkeitsanalyse
- Human Factors Analysen und Organisationsentwicklung
- Vorhabenbegleitung, Leistungsanalysen und Nachweisführung
- Erprobung, Prüfung und Zertifizierung
- Logistik- und Wirtschaftlichkeitsanalysen
- IT-Sicherheits- und Safetyanalysen
- Verwundbarkeits-, Schutz- und Kollateralschadenanalysen
- C4ISR Analysen und Lösungen
- Simulations- und Testumgebungen, Modellbildung und Simulation
- Übungsunterstützung, Wargaming, Ausbildung und Training
- Betreibermodelle und technisch-logistische Betreuung



IABG  
Einsteinstraße 20  
85521 Ottobrunn  
Tel. +49 89 6088-2030  
Fax +49 89 6088-4000  
info@iabg.de  
[www.iabg.de](http://www.iabg.de)

# STANDPUNKTE: WAFFEN FÜR DIE UKRAINE?

## PRO DIE UKRAINE GEZIELT UNTERSTÜTZEN

VON PROF. DR. JACKSON JANES (Präsident des American Institute for Contemporary German Studies an der Johns Hopkins University)



Prof. Dr. Jackson Janes

Die Ukraine bewegt sich auf sehr dünnem Eis zwischen Überleben und Zerfall. Während ihre Verbündeten abgelenkt sind, gewinnen ihre Gegner an Macht. Es ist an der Zeit die Ukrainer so zu unterstützen, dass sie sich selbst verteidigen können. Während die Europäische Union ihren Fokus auf das griechische Drama lenkt, befasst sich Präsident Barack Obama mit dem Abschluss des iranischen Atomabkommens. Derweil hat das russische Militär seine Präsenz in der Ostukraine verstärkt, inklusive der Lieferung von T-52 Panzern. Aus dem Abkommen von Minsk wurde „Hackfleisch“ gemacht. Mehr als 9000 russische Truppen sind mittlerweile in der Ostukraine stationiert – deren Existenz Moskau nach wie vor leugnet. Die Anzeichen für einen bevorstehenden Angriff auf die von der ukrainischen Regierung gehaltene Stadt Mariupol am Schwarzen Meer verstärken sich zunehmend. Aber bislang halten sowohl Präsident Obama als auch Kanzlerin Merkel an ihren Überzeugungen fest, dass eine Belieferung der ukrainischen Armee mit Offensivwaffen keinem russischen Angriff entgegen wirken kann.

Es wird vielmehr befürchtet, dass mit möglichen Waffenlieferungen nur die Propagandamaschinerie Putins gestärkt wird. Moskau nutzt diese zögerliche Haltung aus, um den Druck auf den Westen auch auf anderen Ebenen zu erhöhen:

So wurde die rechtliche Gültigkeit der Übertragung der Krim an die Ukraine aus dem Jahre 1953 von Premierminister Chruschtschow öffentlich angezweifelt und diente als Rechtfertigung für die Annexion. Aktuell werden in Moskau die Unabhängigkeitserklärungen der drei baltischen Staaten auf ihre „Gültigkeit“ überprüft. Nach und nach beginnt sich die politische Bewertung der Ukraine-Krise zu verändern.

Kürzlich hat im confirmation hearing General Joe Dunford, Präsident Obamas Vorschlag für den Vorsitz der Vereinigten Stabschefs, ausführlich dargelegt, warum Russland die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA darstellt. Er ist dabei der Auffassung, dass die Ukraine den russischen Aggressionen nicht entgegen treten kann, sofern sie nicht auch mit offensiven Waffen ausgerüstet wird. Die Lieferung von Waffen an die Ukraine kann nur eine Maßnahme sein, die dazu beiträgt Kräfteverhältnisse anzugleichen, ohne den diplomatischen Bemühungen für eine politische und friedliche Lösung entgegen zu wirken. Der Westen hat darüber hinaus die Möglichkeit, durch eine gezielte Aufrüstung der Ukraine die weiter zunehmenden russischen Bedrohungen gegenüber Europa und auch den Vereinigten Staaten von Amerika insgesamt einzudämmen. Denn nur wenn Präsident Putin die Risiken und die Kosten seiner Aggression realisiert, wird er sich letztlich den friedlichen Bemühungen zur Beilegung des Ukraine-Konfliktes auch tatsächlich anschließen.

## CONTRA UKRAINE, WAFFEN?

VON PROF. DR. MICHAEL STÜRMER (Chefkorrespondent „Die Welt“)



Prof. Dr. Michael Stürmer

Krieg ist ernstes Mittel zu ernstem Zweck, fortgesetzte Staatspolitik unter Beimischung anderer Mittel. Was vor zwei Jahrhunderten der preußische General Carl von Clausewitz lehrte, ist auch heute illusionslose Warnung: Krieg ist eine zu ernste Sache, um sie den Generalen anzuvertrauen. Niemand nimmt der Politik die Verantwortung über Krieg und Frieden ab, und die muss, was immer sie anfängt, das Ende bedenken.

Sanktionen sind nicht Krieg, aber Frieden sind sie auch nicht. Ähnliches gilt für Waffenlieferungen: nicht mehr Frieden und noch nicht Krieg. Sie verbinden höchstes Risiko mit geringer und unsicherer Wirkung. Sie scheinen dem Urheber zu versprechen, dass er Herr des Verfahrens bleibt. Das aber ist Illusion. In Wahrheit ist die Unterscheidung zwischen Waffen und Nicht-Waffen, Offensiv- und Defensivsystemen mehr eine Sache des Betrachters als ein objektiver Tatbestand.

Das Mittel, auch davor warnte Clausewitz, kann über Nacht und unkontrollierbar Selbstzweck werden. Alles das erlebt die Welt gegenwärtig in dem Hybrid-Krieg im Osten der Ukraine. Die Streitkräfte der Ukraine wären militärisch einem mit Wucht vorgetragenen russischen Angriff keine vierzehn Tage gewachsen, weder quantitativ noch qualitativ:

Ein halber Soldat in einem halben Panzer, auch ohne die immer drohende nukleare Dimension. Seit 1990 ist die Truppe notleidend, die IT-Revolution hat nicht stattgefunden. Weil dem so ist, gibt es irreguläre Kräfte, von Privat finanziert, so dass auch Einheit des Kommandos fehlt. Die Regierung in Kiew hat nicht die volle politische Kontrolle. In dieser Lage Waffen zu liefern, welcher Art auch immer, heisst Öl ins Feuer zu gießen. Zumal zu den Waffen Instruktoren von außen gehören, mutmaßlich Amerikaner.

Dann ist die Supermacht-Konfrontation aus dem Kalten Krieg wieder da, nur schlimmer. Deshalb hat auch die Bundeskanzlerin sehr entschieden, der US-Präsident weniger entschieden, Waffenlieferungen abgelehnt.

Dies ist ein Krieg, den die Ukraine nicht gewinnen und Russland nicht verlieren kann. Zu ernstesten Verhandlungen gibt es keine verantwortbare Alternative. Die Ukraine braucht Unterstützung, aber nicht militärisch, sondern politisch, wirtschaftlich, finanziell, moralisch. Ohne ein Minimum an Goodwill des Kreml wird das nicht gehen. Derlei hat seinen Preis. Aber was immer der Preis ist – Krieg ohne Ziel und Ende kann die Alternative nicht sein.



# ALLES AUF EINEN BLICK

## ES IST HALBZEIT! JULIA OBERMEIER MdB

**In zwei Jahren haben wir in der Verteidigungspolitik schon einiges erreicht!**

1. Die Erhöhung des Wehretats ab 2016 ist ein großer Erfolg für die CSU. Als Partei der Bundeswehr haben wir die Aufstockung des Verteidigungsbudgets vehement gefordert. Um die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu bewältigen, stehen im kommenden Jahr 1,4 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Bis 2019 beträgt die Budgetsteigerung insgesamt 8 Milliarden Euro.
2. Die CSU hat wichtige rüstungspolitische Entscheidungen für eine moderne technische Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten vorangetrieben. Wir konnten zwei bedeutende Weichenstellungen vornehmen: Zum einen wird Deutschland zusammen mit Frankreich und Italien bis zum Jahr 2025 ein unbemanntes, bewaffnungsfähiges Luftfahrzeug entwickeln. Der Einsatz der europäischen Drohne schafft mehr Sicherheit für unsere Truppen.
3. Zum anderen haben wir die Weichen für MEADS als neues Taktisches Luftverteidigungssystem gestellt. Das System der Firma MBDA Deutschland mit Sitz in Schrobenhausen und dem US-Rüstungshersteller Lockheed Martin wird im 360-Grad-Radius Ziele erfassen und bekämpfen können. MEADS garantiert Deutschland sicherheitspolitische Souveränität und stärkt den Wehrtechnik-Standort Bayern.
4. Die CSU und ihr ASP konnten sich mit der Forderung nach einem neuen Weißbuch durchsetzen. An der Entstehung beteiligen sich seit diesem Frühjahr Experten aus Politik und Wissenschaft sowie die Öffentlichkeit. Mitte nächsten Jahres wird das Grundlagendokument als Kompass für die strategische Aufstellung der Bundeswehr vorliegen.
5. Die Bundeswehr soll ein attraktiver Arbeitgeber bleiben. So konnten wir u. a. mit dem sog. „Artikelgesetz“ viele Verbesserungen für unsere Soldatinnen und Soldaten erreichen, z. B. eine bessere Besoldung und Versorgung sowie eine leichtere Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Mit dem Unterhaltssicherungsgesetz haben wir zudem die Reserve- und freiwillig Wehrdienstleistenden gestärkt. Diese Entscheidungen sind gut für unsere Bundeswehr und damit gut für unsere Sicherheit. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier starten motiviert in die zweite Halbzeit!



## WARUM WIR TTIP BRAUCHEN MARKUS FERBER MdB

**Europa braucht einen starken Partner auf der Welt.**

Angesichts der wachsenden Dominanz Chinas und Indiens ist TTIP, das Transatlantische Handelsabkommen zwischen EU und USA, eine Chance für Europa, die Regeln der globalen Wirtschaftsordnung von morgen mit europäischen Werten nachhaltig zu prägen. Wir sind nicht nur Teil der Globalisierung, wir müssen sie gestalten und darum geht es bei TTIP. Für die exportorientierte bayerische Wirtschaft spielt die globale Handelspolitik eine zentrale Rolle. Unser Wohlstand in Bayern beruht maßgeblich auf dem Erfolg unserer Firmen im globalen Wettbewerb. Um den Handel weltweit zu fördern und zu erleichtern, hat die EU bereits zahlreiche Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abgeschlossen. Zuletzt mit der Ukraine, Südkorea und Kolumbien. Doch keine der laufenden Verhandlungen - weder mit Indien noch Japan - werden so kritisch begleitet wie diese. TTIP soll den Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen zwischen EU und USA erleichtern. Gleichzeitig soll das Abkommen die Rechts- und Planungssicherheit, Grundlage jeder Investition, für Unternehmen verbessern. Die Verhandlungen und öffentlichen Diskussionen zu TTIP sind nicht immer einfach. Aber gerade im direkten Dialog mit den Bürgern lassen sich viele Mythen und Missverständnisse ausräumen. So hat z. B. die EU noch nie ein Abkommen verhandelt, durch das die europäischen Nahrungsmittelstandards gesenkt wurden. Der europäische Verbraucher will kein Hormonfleisch und keine gentechnisch veränderten Produkte. Das müssen die Amerikaner akzeptieren. Und die TTIP-Verhandlungen werden nicht dazu führen, dass die EU ihre Anforderungen an die Zulassung und Kennzeichnungspflichten für gentechnisch veränderte Lebens-, Futtermittel oder Saatgut ändert. Wenn Europa im weltweiten Wettbewerb auch künftig mithalten und bei Umwelt- und Verbraucherstandards Vorreiter sein will, müssen wir die Handelshemmnisse zu unserem wichtigsten Partner abbauen. TTIP macht Europa und die USA fit für die Herausforderungen der Zukunft. Die Chance müssen wir nutzen!



### Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU • Konzept & Gestaltung: IT'S LIVE! Advertising GmbH

Redaktion: ASP-Landesgeschäftsführer Christian Kattner • Kontakt Redaktion: asp@csu-bayern.de • Stand: Juli 2015

Hinweis: Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber die der Redaktion oder des ASP wieder.

